

Pascal Schmid  
SVP-Fraktion  
Bahnhofstrasse 21  
8570 Weinfelden

Mathias Tschanen  
SVP-Fraktion  
Am Lindenhügel 24  
8555 Müllheim

<b>EINGANG GR</b>			
GRG Nr.			

Hermann Lei  
SVP-Fraktion  
Mühletobelstr. 59a  
8500 Frauenfeld

Oliver Martin  
SVP-Fraktion  
Im Rötler 3  
8584 Leimbach

## **Dringliche Interpellation "Stop Lockdown – für eine verhältnismässige und evidenzbasierte Corona-Politik"**

Seit bald zwei Monaten sind Restaurants, Kultureinrichtungen, Fitnesscenter und Kinos geschlossen, seit Januar auch die meisten Einkaufsläden. Sport- und Vereinsaktivitäten sind weitgehend lahmgelegt, private Treffen nur noch mit fünf Personen aus zwei Haushalten erlaubt. Die Bevölkerung schützt sich mit Hygienemitteln und Gesichtsmasken, hält Abstand und verzichtet auf soziale Kontakte. Gewerbe und Wirtschaft investieren Millionen in Schutzkonzepte und Schutzmassnahmen.

Die Corona-Zahlen (Neuinfektionen, Hospitalisationen, Todesfälle) sind massiv gesunken: die Neuinfektionen um rund 85% gegenüber Anfang November und rund 70% gegenüber Mitte Dezember. Die Schreckensszenarien, mit denen man die Bevölkerung vor Weihnachten verängstigt hat, sind nicht eingetreten: Die Infektionszahlen sind nicht explodiert, die Spitäler nicht kollabiert, das Gesundheitswesen nicht zusammengebrochen. Früher als erwartet stehen zahlreiche Impfungen bereit. Die Impfkampagne ist angelaufen, wenn auch etwas schleppend. Licht am Ende des Tunnels ist in Sicht.

Eine Lockerung des Lockdowns drängt sich auf. Dafür hat der Bundesrat aber kein Gehör. Gedrängt von der Taskforce, die stets von Worst-Case-Szenarien ausgeht, erachtet er Lockerungen als "nicht realistisch". Er scheint entschlossen, den Lockdown zu verlängern, ja sogar zu verschärfen. Statt die Risikogruppen gezielt und wirksam vor Ansteckungen zu schützen, soll die gesamte Bevölkerung weiterhin eingesperrt werden.

Das Coronavirus soll keineswegs verharmlost werden. Aber in der Corona-Politik geht das Augenmass verloren. Seit Monaten werden unsere Freiheitsrechte massiv eingeschränkt. Zunehmend konzeptlos, undifferenziert, widersinnig – und immer leichtfertiger. Die Regierungen gebärden sich als Macher, operieren aber mit den Verwaltungen im Blindflug. Sie erlassen radikale Massnahmen, deren empirische Evidenz nicht erwiesen ist, und nehmen gravierende gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und psychische Kollateralschäden in Kauf.

Die Folgen dieser einseitigen, nur auf gesundheitliche Aspekte ausgerichteten Null-Risiko-Politik sind dramatisch: Die wirtschaftlichen Schäden steigen. Ganze Wirtschaftszweige werden an die Wand gefahren. Tausende von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gehen verloren. Viele Betriebe stehen trotz angekündigter Soforthilfen vor dem Ruin. Das Sport- und Vereinsleben wird zerstört. Die gesellschaftliche Verunsicherung steigt. Depressionen und häusliche Gewalt nehmen zu. Der Schuldenberg wächst und wächst – alleine beim Bund pro Tag um 150'000'000 Franken, alles zu Lasten künftiger Generationen. Das ganze Ausmass der wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Schäden ist noch nicht ansatzweise abschätzbar und wird uns noch jahre-, wenn nicht jahrzehntelang beschäftigen.

Der Unmut in der Bevölkerung wächst. Derweil heisst es aus Bern, im März werde es "ein, zwei Zückerchen geben". Ein paar Zückerchen reichen aber nicht! Alleine die Wortwahl zeigt,

mit welcher Selbstherrlichkeit Bundesrat und Bundesverwaltung regieren. Als freie Bürgerinnen und Bürger unseres demokratischen Landes haben wir es nicht nötig, den Regierungen dafür dankbar zu sein, wenn sie uns ein paar Zückerchen gewähren!

Von der Thurgauer Regierung ist leider kein Widerspruch (mehr) gegen das Diktat aus Bern zu hören. Stattdessen hält man an überzogenen kantonalen Verschärfungen fest, insbesondere an der (ohnehin nicht durchsetzbaren) Zwei-Haushalte-Regel. Betroffene Betriebe sollen künftig strenger kontrolliert statt unbürokratisch unterstützt werden. Kantonale Erleichterungen, von denen andere Kantone Gebrauch machen, scheinen im Thurgau trotz günstiger infektiologischer Lage kein Thema zu sein. Beim Impfen streitet der Kanton mit den Hausärzten und bildet noch immer eher ein Schlusslicht.

**Vor diesem Hintergrund beantragen wir dringliche Behandlung der Interpellation und ersuchen den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:**

1. Ist der Regierungsrat bereit, sich beim Bundesrat für eine umgehende Lockerung des Lockdowns einzusetzen, damit Einkaufsläden, Restaurants, Kultureinrichtungen, Fitnesscenter und Kinos ab März mit Schutzkonzepten wieder öffnen können?
2. Ist der Regierungsrat bereit, vom Bundesrat eine verhältnismässigere und evidenzbasiertere Corona-Politik, mehr Rechtssicherheit für Unternehmen sowie eine verlässliche und messbare Ausstiegsstrategie einzufordern, um der Bevölkerung Perspektiven zu geben?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich dafür einzusetzen, dass bei der Bekämpfung des Coronavirus künftig nicht mehr auf Lockdown-Massnahmen mit dem Holzhammer, sondern auf gezielte, intelligente und wirksame Massnahmen gesetzt wird?
4. Ist der Regierungsrat bereit, die kantonalen Verschärfungen ab März aufzuheben? Ist er bereit, der Thurgauer Bevölkerung ab März im privaten, schulischen, sportlichen und kulturellen Bereich Erleichterungen zu gewähren?
5. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Lockdown-Massnahmen (Schliessungen, Schutzkonzepte, Homeoffice-Pflicht etc.) drastische Auswirkungen auf die Berufswahl und -ausbildung haben, indem Praktika, Schnupperlehren, die praktische Lehrlingsausbildung und Volontariate von Studierenden nicht oder nur eingeschränkt stattfinden?
6. Beabsichtigt der Kanton tatsächlich, die Betriebe und deren Schutzkonzepte verstärkt zu kontrollieren, statt sie verstärkt – und vor allem unbürokratisch – zu unterstützen?
7. Wieso werden die kantonalen Impfzentren vor den Hausärzten mit Impfstoffen bedient? Sollten die Hausärzte, welche die Gefährdung ihrer Patienten besser beurteilen können als Impfzentren, nicht stärker in die Impfstoff-Verteilung einbezogen werden?
8. Wie hoch ist der Anteil an von Kurzarbeit betroffenen Mitarbeitern bei der Spital Thurgau AG? Wieso wurde ihr der Leistungsauftrag für den Betrieb der kantonalen Impfzentren nicht erteilt? Hätte dies die Kurzarbeit bei der Spital Thurgau AG nicht reduziert?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung unserer Fragen.

Weinfelden/Müllheim/Frauenfeld/Leimbach, 14. Februar 2021



Pascal Schmid



Mathias Tschannen



Hermann Lei



Oliver Martin

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der **Dringlichen Interpellation**  
**"Stop Lockdown – für eine verhältnismässige und evidenzbasierte Corona-Politik"**

<b>Name / Vorname (in Blockschrift)</b>	<b>Unterschrift</b>	<b>Name / Vorname (in Blockschrift)</b>	<b>Unterschrift</b>
1		26	
2		27	
3		28	
4		29	
5		30	
6		31	
7		32	
8		33	
9		34	
10		35	
11		36	
12		37	
13		38	
14		39	
15		40	
16		41	
17		42	
18		43	
19		44	
20		45	
21		46	
22		47	
23		48	
24		49	
25		50	

<b>Name / Vorname (in Blockschrift)</b>	<b>Unterschrift</b>	<b>Name / Vorname (in Blockschrift)</b>	<b>Unterschrift</b>
51		76	
52		77	
53		78	
54		79	
55		80	
56		81	
57		82	
58		83	
59		84	
60		85	
61		86	
62		87	
63		88	
64		89	
65		90	
66		91	
67		92	
68		93	
69		94	
70		95	
71		96	
72		97	
73		98	
74		99	
75		100	